

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilt täglich mit Ausnahme der Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 2 M., durch andere Überträger zugesprochen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie anderer Überträger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe bei Beendigung.



Insertionspreis 2 M. für die 6 gelblichste Kopypapier oder deren Raum, Resten, die 2 hellgelbe Kopypapier 3 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gelblichste Kopypapier 2 M. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Aufträge übernimmt die Redaktion keine Haftung. Jeder Anzeigenauftrag erfolgt, wenn der Betrag durch Ringe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Ratenzahl gezahlt.

Ersteilt seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Eigentümer: Arthur Schanke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bäßig, für den Inseratenteil: Arthur Schanke, beide in Wilsdruff.

Nr. 32

Dienstag den 7. Februar 1922.

81. Jahrgang

Mittwoch den 8. Februar 1922, abends 7 Uhr
öffentl. gemeinschaftl. Sitzung des Rats u. der Stadtverordneten,
anschl. öffentl. Sitzung d. Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.

Wilsdruff, am 6. Februar 1922.

Der Bürgermeister. Der Stadtverordnetenvorsteher.

Sichtgeld für Januar 1922 ist spätestens bis zum 10. Februar an die Stadtkasse zu bezahlen.
Wilsdruff, am 6. Februar 1922. 1922 Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten, kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Der Ausstand dauert weiter an.

Die Gewerkschaften rufen zur Arbeit auf.

Die Gewerkschaften erlassen einen Aufruf an die Beamten, Arbeiter und Angestellten, der sich besonders gegen das ungewerkschaftliche Vorgehen der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter richtet. Es heißt u. a.: Derselbe Reichsgewerkschaft, die jetzt Hilfe von Arbeitern und Angestellten fordert, hat auch diesmal ihre Sonderbestrebungen den gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer untergeordnet. Es ist unerträglich, wenn eine einzelne unbeherrschte Gruppe in solch unverantwortlicher Weise mit dem Schicksal der gesamten Bevölkerung spielt. Dieser Lohnstreik einer Beamtengruppe muß bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage auch bei nur kurzer Dauer die Lebensbedingungen aller Arbeitnehmer, besonders in den Großstädten, aufs verhängnisvollste gefährden. Geradezu katastrophal aber wirkt dieser Streik bereits jetzt drei Wochen vor der Konferenz in Genäa auf die Außenpolitik Deutschlands ein. Die Verantwortung gegenüber den von ihnen vertretenen Arbeitern und Angestellten wie gegenüber dem gesamten Volke liegt deshalb bei den unterzeichneten Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen die gebieterische Pflicht auf, alle im Streik befindlichen Eisenbahner aufzufordern, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Von der Reichsgewerkschaft wird erwartet, daß sie sich ebenso ihrer Verantwortung bewußt wird und den Streik unverzüglich beendet. Die für diesen besonderen Streikfall der Reichsbeamten erlassene Verordnung des Reichspräsidenten wird mit der Beendigung des Streiks gegenstandslos.

In dem Aufruf wird des Weiteren borgelegt, wie weit die Regierung zum Entgegenkommen bereit und welche Zugeständnisse zur Regelung der Beamtensituation sie gemacht hatte. Der Aufruf schließt: Damit ist die Berücksichtigung der berechtigten Beamtensforderungen und der Schutz des Koalitionsrechtes aller Arbeitnehmer gesichert. Wir erwarten von der organisierten Arbeitnehmererschaft, daß sie sich ausschließlich an die Weisungen ihrer Spitzenorganisationen hält.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtensverbände.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Die vier Hauptverbände der Eisenbahner-Organisationen umfassen folgende Mitgliederzahlen:

1. Der Deutsche Eisenbahnerverband (freigew. Richtung): 544 287 Mitglieder;
2. der Allgemeine Eisenbahnerverband (Gewerkschaftsring): 82 000 Mitglieder;
3. die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (christl.-soz. Richtung): 250 000 Mitglieder, an die der Bayerische Eisenbahnerverband mit 30 624 Mitgliedern angeschlossen ist;
4. die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und -Anwärter: über 200 000 Mitglieder.

Die Reichsgewerkschaft fordert Mindestgarantien.

Berlin, 4. Febr. Trotzdem der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die anderen Organisationen durch ihre Erklärung das Vorgehen der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner auf das Schwerste mißbilligten und dadurch die Reichsgewerkschaft isolierten, will es nicht scheinen, als ob dadurch die Streikenden zur Umkehr veranlaßt würden. Die Reichsgewerkschaft verlangt für den Abbruch ihrer Aktion von der Regierung Mindestgarantien, die kaum gegeben werden können. Sie wünscht auch eine Reihe von Personalveränderungen im Reichsverkehrsministerium, denen man nicht nachgeben können und wollen werde. Die Streikleitung steht auf dem Standpunkt, daß der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für sie keine Bedeutung habe, weil ein direkter Zusammenhang zwischen der Reichsgewerkschaft und der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften nicht bestehe. Sie erklärt sogar, daß sie sich in der Verfolgung ihrer Ziele nicht einmal vom Deutschen Beamtensbund bestimmen lasse. Daneben sind aber im Aktionsausschuß der Reichsgewerkschaft auch gemäßigtere Kreise vorhanden, die den Standpunkt einnehmen, daß auch die Reichsgewerkschaft bestrebt sein müsse, Wege zur Verständigung zu suchen. Dabei ergeben sich nicht unerhebliche Schwierigkeiten, da der Aktionsausschuß alle Bemühungen der gemäßigten Beamten zu durchkreuzen sucht. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß, wenn der Aktionsausschuß auf seinen unmöglichen Forderungen besteht, die Reichsgewerkschaft noch während des Streiks endgültig zerfällt. Im Aktionsausschuß fürchtet man eine derartige Tatsache bereits und hat erklärt,

daß, falls etwa ein Teil der Beamten abfallen sollte, er nicht dafür einstehen könnte, daß keine Sabotageakte vorkämen.

Der Aktionsausschuß der Reichsgewerkschaft teilt mit, daß er Sympathiebekundungen von einer Anzahl großer Privatbetriebe erhalten habe, in denen der gestrige Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verurteilt wird. Von den Arbeitern dieser Firmen seien der Streikleitung sogar namhafte Summen zur Unterstützung überwiesen worden.

Der Deutsche Beamtensbund beabsichtigt, heute eine neue Sitzung mit der Streikleitung einzuleiten, in der abermals der Versuch einer Verständigung gemacht werden soll.

Die Haltung der Reichsregierung zum Streik.

Berlin, 4. Febr. Während der Besprechungen mit den Vertretern der Arbeitergewerkschaften stellte der Reichskanzler die Haltung der Reichsregierung etwa in folgendem Sinne fest: Die Regierung werde nach wie vor auf ihrem Standpunkte bestehen und in keinem Fall mit den Streikenden verhandeln. Ebenso werde sie auch niemals den Beamten ein Streikrecht zuerkennen können. Im übrigen liege überhaupt kein Grund zu einem Auslande vor, da die Besetzungsfaktion für die Beamten noch gar nicht abgeschlossen sei. Vorbedingung sei gegenwärtig, daß die Arbeit unverzüglich wieder aufgenommen werde. Unter dieser Bedingung sei die Reichsregierung bereit, mit dem Deutschen Beamtensbund, der den Streik mißbilligt, in Besprechungen einzutreten.

Heute wird die Reichsregierung abermals eine Kabinettsitzung abhalten, um zu der durch die gestrigen Besprechungen geschaffene Lage Stellung zu nehmen.

Neue Verhandlungen.

Berlin, 5. Febr. Ueber den Eisenbahnerstreik wird berichtet, daß die Vermittlungsfaktion des Deutschen Beamtensbundes gescheitert ist. Die Verhandlungen am Sonnabend führten infolge des Widerstandes des Aktionsausschusses zu keinem befriedigenden Ergebnis. Der Aktionsausschuß berief sich darauf, daß in Berlin, Hamburg und Königsberg die Eisenbahnarbeiter auf seiner Seite ständen, und stellte Bedingungen, die unmöglich erfüllt werden konnten, da sie zum Teil nicht mehr wirtschaftlichen, sondern politischen Charakter trugen. Die Reichsgewerkschaft erklärte weiterhin, daß sie die Zusage der Arbeiter aus der Privatindustrie habe, daß man dort in den Kampf der Eisenbahner auch mit der Tat eingreifen würde. Inzwischen hatten die Sozialdemokratische Partei, vertreten durch Hermann Müller und Wels, und die Unabhängige Partei, vertreten durch Dittmann und Dr. Rosenfeld, Verhandlungsversuche unternommen. Noch im Laufe des Sonnabend abend fanden mit den Vertretern der politischen Parteien Besprechungen einiger in Berlin anwesenden Vertreter des Aktionsausschusses statt, die am Sonntag vormittag in der Reichsgewerkschaft fortgesetzt wurden. Die genannten Abgeordneten legten sich auch in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag mit dem Reichskanzler in Verbindung und gaben ihm über die in der Streikleitung herrschenden Ansichten Bericht. Zu der Besprechung wurde auch der Reichsverkehrsminister Gröner hinzugezogen. Die Reichsgewerkschaft steht auf dem Standpunkt, daß Grundbedingung für eine Einigung die Erklärung der Regierung ist, daß Streikführer oder Streikende durch die Regierung nicht gemahregelt werden. Ferner verlangt die Reichsgewerkschaft die verbindende Erklärung der Regierung darüber, daß nach dem Streik Verhandlungen über die Neuregelung der Gehälter für die unteren Beamten aufgenommen werden. Bezüglich des Arbeitszeitgesetzes verlangt der Aktionsausschuß, daß die Regierung das Arbeitszeitgesetz zunächst für die privaten Arbeiter und dann erst für die Staatsbediensteten und Beamten fertigstellen solle. Es wurde weiter gefordert, daß der Verkehrsminister amtlich den Direktionen zugegangene Verfügungen über die Arbeitszeitregelung zurückziehe.

Aus Sachsen.

Die Lage in Dresden.

Der Verkehr auf den Dresdner Bahnhöfen stockt noch genau so wie in den letzten Tagen, eine Besserung ist auch am Sonntag nach den Veröffentlichungen der Gewerkschafts- und Angestelltenverbände nicht eingetreten. Die Streikenden mißgönnen jede Bekanntmachung der Regierung und der Organisationsvorstände. Mit Mühe und Not wird ein geringer Vorkarverkehr, so zwischen Meißen, Königsbrunn und Arnsdorf, aber auch nur mit einem Zug am Tage, aufrechterhalten. Allerdings gelang es gestern, einen Zug bis Görlitz und einen von Riesa nach Dresden zu bringen. Ferner verkehren ab und zu Güterzüge, die Kohlen und wichtige Lebensmittel, unter anderem

Milch, befördern. Wo es möglich ist, werden an die Güterzüge einige Personenwagen gehängt, so daß es dann durchzufahren ist, daß Personen, wenn auch in geringer Zahl, befördert werden können. Alles kommt darauf an, ob eine Lokomotive mit Führer zu erhalten ist. Die Verwaltung kann also nie sagen, ob und wann ein Zug Dresden verlassen kann. Es ist Zufallsache. Leider hat auch die Aufforderung an die in Pension lebenden Lokomotivführer, sich zur Verfügung zu stellen, so ziemlich versagt. Die Verwaltung hat daher gestern nachmittags die Anordnung an die Bahnhofsverwaltungen ergehen lassen, machinell-fundige Streckenarbeiter, die ihre Strecke genau kennen, zu verwenden. Allerdings wird dann nur mit 30-Kilometer-Geschwindigkeit gefahren. Man hofft, auf diese Weise einen Notzugverkehr einzuführen.

Die Lage im Leipziger Bezirk.

Leipzig, 5. Febr. Die Lage in Leipzig hat sich erheblich verschärft. Nachdem gestern die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes (freigewerkschaftliche Richtung) mit 400 gegen 2 Stimmen beschlossen hatten, in der Nacht zum Sonntag in den Streik zu treten, hat heute eine von über 2000 Eisenbahnarbeitern besuchte Versammlung dem Beschluß der Funktionäre zugestimmt. Es streikt also nunmehr in Leipzig das gesamte Betriebspersonal. Die Versammlung drückte dem Hauptvorstand das größte Mißtrauen darüber aus, daß er nicht gewillt ist, den Streik zu finanzieren und Unterstützungen nur denjenigen gewähren will, die wegen Verweigerung von Streikarbeit gemahregelt wurden. Der Ortsverband Leipzig beschloß weiter, seine Gewerkschaftsgelder nicht nach Berlin abzuführen und zum Streik zu verwenden. Die Leipziger Ortsverwaltung will sich an die Spitze der Bewegung stellen, die noch keine eindeutige ist. In Chemnitz zum Beispiel ist ein Streikbeschluß noch nicht gefaßt worden. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer nach dem Zentraltheater, wo etwa 3000 streikende Betriebsbeamte einen Bericht über die Lage entgegennahmen und beschloßen, im Streik zu verharren. Das Eisenbahnpersonal in Borna bei Leipzig, das bisher arbeitswillig war, ist ebenfalls in den Streik getreten, wodurch die Kohlenzufuhr aus den dortigen Gruben unterbunden ist. Das gleiche gilt von der gesamten Belegschaft der Eisenbahn im Neusewitzer Bergrevier. Der Leipziger Hauptbahnhof ist gänzlich verödet. Die Zugänge zu den Abfahrtsbahnen sind gesperrt. Die Mannschaften der Schutz- und Sicherheitspolizei sind erheblich verhärtet worden.

Ein Beschluß des französischen Ministerrates zum Streik.

Paris, 4. Febr. Da gestern Kohlenzüge mit der Reparationskoble nicht mehr eingetroffen sind, hat der französische Ministerrat den Beschluß gefaßt, dem Obersten Rat heute morgen einen Antrag der französischen Regierung zu überreichen, in dem die Zustimmung des Rates zu der Besetzung der Ruhrkohlenverhandlungsstellen und des ganzen Eisenbahnbezirk durch die Ententetruppen nachgefordert wird, falls die weitere Kohlenzufuhr nach Frankreich durch den deutschen Eisenbahnerstreik behindert werden sollte. Die Vorkonferenz wies heute vormittag eine Sitzung abhalten, wobei ihr diese Beschlüßfassung sofort unterbreitet werden wird.

Neue Forderungen nach Sicherheiten.

Paris, 4. Febr. In einer Betrachtung über den deutschen Eisenbahnerstreik kommt das Pariser Abendblatt „La Presse“ zu folgender Schlußfolgerung: Durch dieses Ereignis wird die Verarmung Deutschlands noch verschlimmert. Wir dürfen also nicht zögern, uns Sicherheiten zu verschaffen und müssen uns an dem Eigentum des Deutschen Reiches und sogar am Privatbesitz schadlos halten.

Der Streik der Berliner Telegraphenarbeiter.

Berlin, 4. Febr. Nachdem bereits gestern in einem hiesigen Telegraphenbauamt Arbeitsniederlegungen vorgekommen waren, sind heute morgen die Telegraphenarbeiter geschlossen in den Streik getreten. Bereits am Donnerstag abend hatte eine Funktionärversammlung der im Verkehrsverband organisierten Post- und Telegraphenarbeiter den Streik beschlossen. Dieser Beschluß wurde gestern von der Bezirksverwaltung der zuständigen Gewerkschaft des Deutschen Verkehrsverbundes genehmigt, doch haben nur die Telegraphenarbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Ausstand hat auf den Dienstbetrieb keinen unmittelbaren Einfluß, nur der sogenannte Außenbetrieb, der Bau von Leitungen, Beseitigung von Störungen usw. ist lahm gelegt.

Kommunistische Sympathiestreikbege.

Berlin, 4. Febr. Der Erwerbslosenrat und die kommunistischen Organisationen rufen heute früh zur allgemeinen Arbeitsruhe für Montag, den 6. d. M., auf als Demonstration für die streikenden Eisenbahner und Beamten.

(Weitere telegraphische Nachrichten auf der letzten Seite.)